

Die Graphische Presse

Organ für die Interessen der Lithographen, Chemigraphen, Stein-, Licht-, Kupfer-, Noten-, Wachtuch- und Tapetendrucker und verwandte Berufe.

Organ des Vereins der Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen. Publikations-Organ des Deutschen Senefelder-Bundes und der ausserdeutschen Berufs-Vereine.

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zig.-Katalog No. 3573.) für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:

M. Obier, Leipzig-Seilerhausen, Würzenerstr. 121.
Verlag: Otto Siller, Berlin.
Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz.
Redaktionsschluss: Dienstag.

Insertion.

Für die dreigespaltene Petitzelle oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Abonnenten unter Beibringung der Abonnementsquittung, sowie Vereinsanzeigen 15 Pf. Beilagen nach Uebereinkunft.

Notiz:

In dem am 1. Mai erscheinenden Maiheft der »Sozialistischen Monatshefte« ist ein: »Staatspflicht und Kampforganisation« betitelter Artikel von A. v. Elm, der sich sehr eingehend mit der Frage der Arbeitslosenversicherung beschäftigt, enthalten. Da nun auf der Tagesordnung des diesjährigen Stuttgarter Gewerkschafts-Kongresses die hochwichtige Frage der Arbeitslosenversicherung steht, bringen wir, obwohl die Materie schon an anderer Stelle behandelt, auch die Ausführungen A. v. Elm's. Die Redaktion der Sozialistischen Monatshefte uns gestattet, diesen Artikel unseren Lesern im Vorabdruck zur Kenntnis zu bringen, und wir machen, in der Voraussetzung, dass derselbe für die Leser unseres Blattes von hohem Interesse sein wird, von dieser Erlaubnis gern Gebrauch. Der Artikel lautet:

Staatspflicht und Kampforganisation.

Von Adolph von Elm (Hamburg).

Die im letzten Jahr in allen grösseren Städten festgestellte grosse Arbeitslosigkeit hat die Frage der Arbeitslosenversicherung einmal wieder zum Gegenstand allgemeiner Erörterungen gemacht. Sowohl im deutschen Reichstage, als auch in der Presse ist über die Pflicht von Reich, Staat und Gemeinde gesprochen worden, zur Linderung der herrschenden Not unverzüglich Massnahmen zu ergreifen. Das praktische Ergebnis ist bedauerlicherweise für die Arbeitslosen kein erfreuliches gewesen. Die Vertreter der herrschenden Klassen stehen der gegenwärtigen Krisis rat- und thatlos gegenüber. Es ist wohl gerade nicht immer böser Wille, der sie zu ihrem ablehnenden Verhalten veranlasst. Das Problem der Unterstützung der Arbeitslosen ist in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft nicht von heute auf morgen zu lösen; ohne eine gründliche Reform an Haupt und Gliedern wird die Lösung nicht möglich sein, und da ist es schon zu verstehen, dass die Verfechter des kapitalistischen Systems vor den unangenehmen Thatsachen, wie Vogel Strauss, den Kopf in den Sand stecken.

Das einzig probate Mittel, die Arbeitslosigkeit auf ein normales Mass herabzumindern, ist eine Regelung der Produktion; diese ernstlich wollen heisst dem heutigen Wirtschaftssystem überhaupt den Krieg erklären; es wäre wider-natürlich, dies von den »Stützen der Gesellschaft« zu erwarten.

Ein Anfang zur Regelung der anarchischen Verhältnisse wäre eine allgemeine, durch Reichsgesetz festgesetzte Verkürzung der Arbeitszeit; der Zeitpunkt, dieselbe zur Vorbeugung der jetzt herrschenden Arbeitslosigkeit vorzunehmen, ist verpasst worden; die Arbeitsdauer musste in der letzten Zeit in vielen Industrien gewaltsam beschränkt werden; ein grosser Teil der noch beschäftigten Arbeiter arbeitet infolge der Geschäftsstockung 2, 3, 4 Stunden täglich weniger, als zur Zeit der Hochkonjunktur. Was sollte es deshalb in diesem Moment viel nützen können, wenn auf gesetzlichem Wege die Arbeitszeit verkürzt werden würde? Für die Opfer

der bisherigen planlosen Wirtschaft ist es zu spät. Auch Notstandarbeiten lassen sich nicht herzaubern; auch diese wollen in den Gemeinden planmässig vorbereitet sein. Durch Vornahme einiger plötzlich beschlossenen Gemeindearbeiten wird immer nur ein geringer Bruchteil der Arbeitslosen Nutzen haben. Wenn die Gesellschaft auch in diesem Jahrzehnt, seit der letzten Krisis, wieder einmal ihre Pflicht vernachlässigt hat, ist es ganz unmöglich, das bisher Versäumte im Handumdrehen nachzuholen.

Von prinzipiellen Gesichtspunkten aus betrachtet, unterliegt es gar keinem Zweifel: Pflicht der heutigen Gesellschaft ist es unstrittig, die Arbeiter für den Folgen der kapitalistischen Produktionsweise zu schützen. Es ist geradezu grausam und unmenschlich, die Arbeiter für die Sünden der Gesellschaft büssen zu lassen; die Verantwortung für das heutige System trägt die ganze Gesellschaft, die Arbeiter selbst trifft keine Schuld an der allgemeinen Arbeitslosigkeit. Auch wer auf dem Boden der jetzigen Wirtschaftsordnung steht, kann die Pflicht der Gesellschaft nicht bestreiten, für die Arbeitslosen zu sorgen. Erachtet doch der Staat es als seine besondere Aufgabe, das tote Eigentum gegen alle Angriffe mit dem Aufgebot seiner ganzen Machtmittel energisch zu schützen, wie viel mehr müsste er es als seine Pflicht betrachten, das lebendige — und in der Regel einzige — Eigentum des Arbeiters, die Arbeitskraft, vor vorzeitiger Aufzehrung und Vernichtung zu bewahren. Prinzipiell ist es deshalb auch berechtigt, an den heutigen Staat die Forderung zu stellen, die Arbeitslosen ausreichend zu unterstützen. Es ist daher auch erklärlich, dass eine Anzahl, namentlich radikal gesinnter, Arbeiter jahrzehntlang die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung förmlich als einen Verrat am Prinzip betrachtete und sie energisch bekämpfte. Dazu kommt, dass meistens ganz übertriebene Vorstellungen von den Kosten der Arbeitslosenunterstützung in Arbeiterkreisen herrschten und heute zum Teil noch herrschen und man es einfach für unmöglich hielt, dass Arbeiter die erforderlichen Beiträge zur Durchführung der Arbeitslosenunterstützung erschwingen könnten. Erfreulicherweise ist durch die praktische Arbeit auf gewerkschaftlichem Gebiet schon mancher Gewerkschaftsführer aus einem Saulus zu einem Paulus geworden; in den letzten Jahren haben mehrere grosse Zentralverbände, so vor allem der Metallarbeiterverband mit einer Mitgliederzahl von über 100 000, die Arbeitslosenunterstützung eingeführt; der Verband der Holzarbeiter mit ca. 75 000 Mitgliedern dürfte bald nachfolgen. Wenn daher heute ernstlich wiederum die staatliche Arbeitslosenversicherung in einer Form propagiert wird, durch welche die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung völlig illusorisch gemacht werden würde, so dürfte es wohl geboten sein, in den Kreisen der ge-

werkschaftlich organisierten Arbeiter sich einmal ernstlich mit dieser Frage zu beschäftigen.

In richtiger Erkenntnis der grossen Bedeutung der Sache hat denn auch die Generalkommission und der Ausschuss der freien Gewerkschaften beschlossen, die Arbeitslosenversicherung auf die Tagesordnung des zum 16. Juni d. J. nach Stuttgart einberufenen Gewerkschaftskongresses zu setzen.

Darüber sind allerdings auch die Befürworter der Pläne der staatlichen — oder sagen wir richtiger — Reichsarbeitslosen-Versicherung nicht im Zweifel, dass dieselbe in der nächsten Zukunft nicht durchgeführt werden wird und dass, wenn Bundesrat und Reichstag sich wirklich über einen solchen Plan einigen würden, dieser den berechtigten Wünschen der Arbeiter nicht im entferntesten entsprechen dürfte. Es wäre ja auch zu naiv, anzunehmen, im jetzigen Preussen-Deutschland, im heutigen Polizei- und Militärstaat, der bisher noch stets das Bestreben bekundet hat, den Arbeitern das geringe Mass von Freiheiten zu verkümmern, wäre eine Arbeitslosenversicherung auf demokratischer Basis bei voller Selbstverwaltung der Arbeiter denkbar. »Gefahr ist nicht, doch gut ist's, wenn Du wachst«. Obgleich die Möglichkeit der Durchführung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung noch in weiter, weiter Ferne liegt, ist es heute doch schon unumgänglich notwendig, sich über die Richtung klar zu werden, nach der gesteuert werden muss.

Einig ist man sich in der sozialdemokratischen Partei darüber, dass die Befreiung der Arbeiterklasse in erster Linie (im Programm heisst es sogar nur) das Werk der Arbeiterklasse, einzig auch darüber, dass sie nur durch Organisation — politische und gewerkschaftliche — möglich sein wird. In logischer Konsequenz dieser allgemein anerkannten Wahrheit dürfte es deshalb wohl geboten sein, alle gesetzgeberischen Vorschläge auch von dem Gesichtspunkt aus zu prüfen, ob durch Verwirklichung derselben die Arbeiterorganisationen in ihrer Entwicklung gehemmt oder gefördert werden.

Die Arbeitslosenunterstützung dürfte bisher wohl in keiner Organisation lediglich als Selbstzweck — sondern immer nur als Mittel zum Zweck — eingeführt worden sein. Nicht, um der Gesellschaft eine ihr grundsätzlich zukommende Pflicht abzunehmen, sondern zum Zweck der Stärkung der Organisation beschlossen man, die arbeitslosen Kollegen zu unterstützen. Die Arbeitslosenunterstützung hat sich als das beste Mittel bewährt, die Arbeiter fester an die Gewerkschaft zu ketten, ihnen im täglichen Kampfe um die durch einen Streik erlangenen Vorteile den Rücken zu stärken. Nehmen wir z. B. die Durchführung des zwischen Prinzipalen und Gehilfen vereinbarten Tarifes bei den Buchdruckern; es dürfte wohl von keiner Seite bestritten werden, dass ohne Arbeitslosenunterstützung ein solcher Tarif garnicht aufrecht zu

ist man überall umgeben, so dass man sich in allem vorsehen muss, um nicht diesen Leuten in die Hände zu fallen. Es mögen die Kollegen sich vorsehen und obiges beachten, damit es ihnen nicht auch so geht wie mir es gegangen ist. Z. A.

Hamburg. Monats-Versammlung am 12. April 1902 im Vereinslokal. Mit welcher regeren Interesse die Kollegen Hamburg's sich an den Tagesfragen der Organisation beteiligten, konnte man am besten aus dem Verlauf der letzten Versammlung ersehen. Eine lebhafteste Debatte entspann sich besonders über die Delegierten-Wahl zum Kongress des internationalen Sekretariats, worauf folgender Antrag zur Annahme gelangte: Die Delegierten zum Kongress des internationalen Sekretariats zu beauftragen, für die alten Forderungen wieder einzutreten, d. h. für unbedingte Gegenseitigkeit der organisierten Kollegen aller Länder. Kollege Müller beantragt: Die Anträge schriftlich beim Hauptvorstand in Berlin einzureichen, welches mit Stimmmehrheit angenommen wurde. Ferner beschloss die Versammlung noch mit der kommenden Maifeier und erklärte sich die meisten Kollegen bereit, dass diejenigen, welche am 1. Mai nicht feiern können, 25 Proz. ihres Tagesverdienstes an die Lokalkasse abgeben, und diejenigen Kollegen, welche sich wirtschaftlich nicht schädigen, an der Maifeier regen Anteil nehmen. Kollege Niemeyer fragt noch an, wer den Artikel in No. 9 der 'Graph. Presse' betreffend der Senefelder Bundes-Versammlung in Hamburg eingebracht habe, und wie es käme, dass der Vorstand den Einsender nicht kenne, da doch das Eingesandte vom Vorstand gestempelt sein müsse. Kollege Klein weist noch ferner auf die Artikel in No. 9 und 10 der 'Graph. Presse' hin, welche unmöglich den Stempel der hiesigen Zahlstelle tragen können. Anschliessend brachte derselbe folgende Resolution ein:

Die heutige Versammlung spricht sich missbilligend über die Artikel in den Nummern 9 und 10 der 'Graph. Presse' aus und wünscht, dass derartige Artikel in ohne Stempel der Zahlstelle aufgenommen werden.

Dies wurde einstimmig von den Kollegen angenommen. Zum Schluss sprachen sich die Kollegen noch dahin missbilligend aus, dass die 'Graph. Presse' in letzter Zeit sich sehr zu ihrem Nachteil verändert habe betr. des Inhaltes. Hierauf Schluss der gutbesuchten Versammlung um 12 Uhr. O. H.

Hannover. Komb. Versammlung vom 14. April mit der Tagesordnung: Arbeit und Arbeiterpolitik. Das Referat war dem Kollegen Busse übertragen und er erledigte sich seiner Aufgabe durch Behandlung der vielumstrittenen Neutralitätsfrage in den Gewerkschaften. Die englischen Vereinigungen paradierten so oft als Muster, obwohl nur 25 Proz. der Arbeiter darin organisiert sind. Besser liegen die Verhältnisse in Dänemark, wo etwa der doppelte Prozentsatz sich in Gewerkschaften befindet und mit der politischen Arbeiterpartei durch gegenseitige Vertretung engste Fühlung hält. Auf unsere verhältnisse übergehend lässt sich sagen, dass die Ziele der Gewerkschaften, die Anbahnung von Tarifgemeinschaften, fast allgemein als wünschenswert betrachtet und Differenzen nur in der Frage der Taktik bestehen. Ueber letztere ist es zwischen den hiesigen Verwaltungen und dem Hauptvorstand zu scharfen Auseinandersetzungen gekommen. Sie haben ihren Grund in der Stellung gegen den Vorsitzenden des hiesigen Prinzipalkreisverbandes, dessen Anordnungen in seinem Betriebe von den Kollegen oft schroff bekämpft, vom Hauptvorstand dagegen gebilligt sind. Letzterer hatte zur Vertretung seiner Stellungnahme, auf Einladung, den Kollegen Tischendorf entsendet. Selbiger setzte auseinander, von welcher Wichtigkeit für uns ein Unternehmer ist, der sich zum Verhandeln bereit erklärt und im Kreise seiner Standesgenossen wirkt, auf dass die Arbeiter als gleichberechtigter Faktor anerkannt werden. Es ist nicht angebracht, Arbeitgeber hämisch zu befehlen. Nur dann ist's möglich, unsere Bewegungen durch Vereinbarungen zu erledigen. In der Frage der Taktik stimmten die Diskussionsredner nun zwar nicht mit allen Ausführungen überein, doch wurde allseitig die endgültige Verständigung mit dem Hauptvorstand gewünscht. Im Schlusswort besprach Kollege Busse noch einmal Bebel's Stellung zu den Gewerkschaften und forderte die Arbeiter zur Opferwilligkeit für die Vertretung ihrer Interessen auf. Kollege Tischendorf nahm die gebotene Hand zur Verständigung an. Er würde solche scharfen Wendungen, wie es in einem früheren Artikel geschehen, heute nicht mehr gebrauchen. Durch sachliche Diskussion auf dem Boden gegenseitiger Achtung müssten die Reibungen aufhören. Noch ist auf Jahre hinaus unendlich viel Aufklärungsarbeit unter den Indifferenten zu leisten, dass jede Kraft ohne Rücksicht auf politische oder religiöse Ueberzeugung willkommen sein muss. Am Schluss rief Redner den Kollegen zu: Thut fernerhin Eure Pflicht, dann gehen wir gemeinsam einer guten Zukunft entgegen! Z.

München. Am Donnerstag, den 17. April, fand hier eine Versammlung der Lichtdrucker, Photographen und Retoucheure statt. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur event. Gründung einer eigenen Sektion; 2. Wahl eines Delegierten zum 1. Lichtdrucker-Kongress in Berlin; 3. Aufnahme neuer Mitglieder; 4. Verschiedenes. Nachdem der Vorsitzende der Filiale I, Kollege Schmidt, der Versammlung die Zwecke und Ziele der Organisation ausführlich erläuterte und unter Hinweis auf die durch stramme

Organisation erzielten Erfolge in anderen Berufen die anwesenden Kollegen zum Beitritt aufgefordert, des weiteren Kollege Hilbig an der Hand statistischen Materials nachwies; wie sich auch im Lichtdruck die Verhältnisse immer mehr und mehr zuspitzen und dass schon hier und da Geschäfte den Versuch gemacht haben, Verschlechterungen, sogar Arbeitszeit-Verlängerungen, einzuführen, diese aber nur da zurückgeschlagen werden können, wenn die Kollegen fest organisiert sind, wurde nach reger Diskussion, in der namentlich auch ältere Kollegen, die der Organisation bisher fernstanden, für einen Zusammenschluss eintraten waren, die Gründung einer eigenen Sektion beschlossen. Die Gründung selbst aber wurde, da verschiedenen Kollegen die Sache zu überraschend gekommen war und dieselben sich erst in den Geschäften untereinander besprechen wollten, auf Montag, den 21. April verschoben und die Tagesordnung festgesetzt. Es wurde einstimmig beschlossen, eine Sektion zu gründen und sind von den ca. 60 hier beschäftigten Kollegen an die 40, das sind also annähernd 66 2/3 Proz., jetzt organisiert. Hoffentlich wird es durch rege Agitation bald gelingen, dass die Münchener Lichtdrucker, Präparateure, Photographen und Retoucheure es für sich in Anspruch nehmen können zu sagen: In München ist kein Kollege, der nicht organisiert ist. Aus der nun folgenden Debatte gingen folgende 2 Anträge hervor:

1. Der Kongress möge Stellung nehmen gegen das so verderbliche Prämiensystem, gegen das Ueberhandnehmen der Ueberstunden und wo solche notwendig werden, einen Zuschlag von 33 bzw. 50 Proz. zu verlangen. Ebenfalls gänzliche Abschaffung der Heimarbeit und Beschränkung der Arbeit bei künstlichem Licht, besonders bei den Retoucheuren, sowie allgemeine Durchführung der 8stündigen Arbeitszeit.

2. Der Kongress wolle die Einrichtung eines zentralen Arbeitsnachweises in einem grösseren Druckorte beschliessen und die Kollegen moralisch verpflichten, denselben in jedem einzelnen Falle zu benutzen.

Durch geheime Abstimmung wurde Kollege Hilbig einstimmig zum Delegierten gewählt. Von der Verwaltung beauftragt, betreffs Lehranstalt Cronenberg Material zu sammeln, erstattete Kollege Hilbig von einem dort gemachten Besuche Bericht, wo ihm Herr Cronenberg versicherte, unter seiner persönlichen Leitung könne er bei Fleiss und etwas Interesse den Lichtdruck innerhalb 4 Wochen erlernen und zwar nicht nur den Druck selbst, sondern 1. die Anfertigung des Negativs auf nasses, trockenes und Emulsionsverfahren, Abziehen sowie Retouche des Negativs; 2. Präparation und zum Schluss noch den Druck an der Handpresse. Auf die Frage, ob man dann auch fähig sei, auf der Maschine zu drucken, beruhigte und belehrte Herr Cronenberg Kollegen Hilbig dahin, dass es ganz leicht sei, denn auf der Maschine werde nur fortgedruckt, denn jede Platte müsse erst auf der Handpresse angegedruckt werden, da dies auf der Maschine des schnellen Ganges halber ganz unmöglich wäre. Dies beweist natürlich zur Genüge, dass der Lehrer des Lichtdruckes, Herr Cronenberg selbst, noch nie eine Lichtdruckmaschine in Betrieb gesehen hat. Auch sehr schöne Drucke aller Art (natürlich alles Schülerarbeiten des Institutes???) legte Herr Cronenberg vor, unter anderem auch einen tadellosen Kupfer- bzw. Stahlstich, welcher auf Befragen des Herrn Cronenberg ein Lichtdruck sein sollte. Interessant ist noch, wie eine druckfertige Lichtdruckplatte dieses Herrn aussieht; dies ist eine scharfkantige 1—2 mm dicke Glasplatte im Format von ca. 13x21 cm, am Rand war die Schicht losgeblättert und davon werden dann tadellose Drucke gemacht. Der bei dieser Gelegenheit erhaltene Prospekt belehrt uns unter anderem, dass jeder Schüler für Abnutzung der Instrumente und Utensilien 5 Mk. pro Monat zu zahlen und für den jeweiligen Verbrauch von Chemikalien 20 Mk. zu hinterlegen hat, welche beim Austritt verrechnet werden. Was bei dieser Verrechnung herauskommt, konnte bis dato leider nicht festgestellt werden, abgesehen noch davon, dass die Wochenrechnungen an verbrauchten Chemikalien sofort zu begleichen sind. Jedenfalls von dem Grundsatz ausgehend, dass, wer gut schmirt, der gut fährt, ist der Passus in den Prospekt gekommen: Jeder Schüler hat bei seinem Abgange an den betr. Hilfslehrer ein Douceur (feine Umschreibung?) von mindestens 10 Mk. zu entrichten. Silberbäder werden beim Verlassen der Anstalt unter Ansatz von Abnutzung zurückgenommen und in Anrechnung gebracht. Die Geschäftsordnung sagt ferner, dass, wer sich in und ausserhalb des Institutes nicht sittlich und anständig betriegt, den Anordnungen des Vorstandes der Lehrer und deren Beauftragten nicht unweigerlich Folge leistet, und diesen — Herren überall mit der gebührenden Achtung begegnet, hat sofortige Ausweisung zu gewärtigen, ohne Rückvergütung des gezahlten Honorars. Der Schüler ist sogar verpflichtet, der Anstalt ein Zeugnis auszustellen! — Diese Ausführungen werden natürlich durch stürmisches Gelächter des öfteren unterbrochen und nachdem man beraten, was dagegen zu thun sei, wurde die Versammlung geschlossen. Bei einem Glas Bier lernten sich die Kollegen, die sich bisher fremd gegenüberstanden, näher kennen und schätzen. C. H.

Nürnberg. Am 9. April fand eine kombinierte Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle mit folgender Tagesordnung statt: 1. Protokollverlesen;

2. Aufnahmen; 3. Vortrag des Genossen Simon über 'Konsum-Vereine'; 4. Diskussion; 5. Verschiedenes. Nachdem der 1. Punkt, Verlesung des Protokolls, erledigt war, meldete der Kassierer der Filiale I 6 Aufnahmen, Filiale II 3 Aufnahmen und Filiale III 1 Aufnahme. Hierauf erteilte der Vorsitzende, Kollege Stahr dem Genossen Simon das Wort, welcher einen nahezu zweistündigen Vortrag über 'Konsum-Vereine' hielt. Der Referent schilderte die Entstehung der Konsum-Vereine und führte in ausführlicher Weise der Versammlung die Vorteile vor Augen, welche von Konsum-Vereinen zu gewinnen sind. In der darauffolgenden Diskussion sprachen die Kollegen Wechsler und Werthner. Aus den Ausführungen des Kollegen Wechsler war zu entnehmen, dass derselbe zwar kein direkter Gegner von Konsum-Vereinen ist, jedoch die Gründung derselben nicht so leicht auffasst, wie sie Genosse Simon schilderte. Kollege Werthner hielt die vom Referenten gemachten Ausführungen für sehr richtig und empfahl deshalb auch den Anwesenden den Beitritt zum Konsum-Verein, worauf eine Einzeichnungsliste zirkulierte. Hierauf sprach Kollege Stahr dem Referenten den Dank der Versammlung aus. Unter Punkt 'Verschiedenes' gab Kollege Eichenmüller den Kartellbericht. Ferner wurde der Artikel aus München, der in letzter Nummer der 'Gr. Pr.' den Nürnberger Arbeitsnachweis der Lithographen kritisierte, besprochen und war die Versammlung der Meinung, dass es Pflicht der Münchner Verwaltung sei, schlechte Arbeitsverhältnisse, die in einer Anstalt vorhanden seien, bekannt zu geben. Zum Schluss brachte Kollege Stahr die Vorstellungen des Intimen Theaters in Erinnerung und empfahl zugleich die Karten der Maifeier. Schluss der Versammlung um 7 1/2 Uhr.

Köln a. Rh. Die Kollegen werden dringend gebeten bei Engagement vorerst beim Bevollmächtigten Erkundigungen einzuziehen.

Die Verwaltung.

Saalfeld (Saale). Dass eine recht baldige Tarifgemeinschaft zu stande kommen muss, dürften hiesige Lohnverhältnisse recht eindringlich lehren. Die zu Ostern ausgerehten Lithographen, Stein- und Lichtdrucker erhielten wieder, wie in der 'guten alten Zeit' sage und schreibe zehn Mark Wochenlohn ausgezahlt. Auf Vorstellung beim Arbeitgeber wurde diesen Gehilfen die Weisung, dass sie sich ja anderweitig Stellung suchen könnten. Saalfeld ist eine teure Stadt, teurer wie manche Grossstadt, und dazu sehr hohe Steuern. Es muss hier also der höchste ortsübliche Tagelohn des Herzogtums S.-Meiningen bezahlt werden, und erhält ein nicht gelernter Tagelöhner über ein Drittel mehr, als ein ausgeleitener Lithograph Stein- und Lichtdrucker hierorts. Man wird jedenfalls auch billige Arbeitskräfte von auswärts zu bekommen suchen. Also im eigensten Interesse recht genaue Erkundigung einholen!

Briefkasten der Redaktion.
A. H., Chemnitz. Verklagen Sie die Firma auf Herausgabe der Muster und Schadenersatz und wenden Sie sich in der Angelegenheit an den dortigen Vertrauensmann.

Briefkasten der Expedition.
J. St., Iserlohn. Adressänderungen müssen dem Kollegen Sillier mitgeteilt werden.
G. K., Saalfeld. Hier ist kein Inserat von dort eingegangen.

Anzeigen.
Achtung Leipzig!
Himmelfahrtspartie.
Allgemeiner Familienausflug nach dem Sandberg. Treffpunkt 7 Uhr am alten Theater. 8 Uhr Neues Schützenhaus, von dort über Böhlitz-Ehrenberg nach dem Brauerei-Restaurant Sandberg in Böhlitz-Ehrenberg, Rendez-vous bei Kriegenheerd. Für musikalische Genüsse und Kinderbelustigung ist bestens gesorgt! Diese Partie gehört zu den schönsten und interessantesten in der Umgegend Leipzig's und darf eine allgemeine Beteiligung mit Kind und Kegel als selbstverständlich vorausgesetzt werden. — Näheres durch Handzettel. Der Vergnügungsrat.

Unserm lieben Kollegen
Paul Jankowsky
bei seiner Abreise nach München ein
herzliches Lebwohl! [0,50]
Greifswald. Mehrere Kollegen.

Kollege Rudolf Schratz,
Chemigraph, geb. Reudnitz, eingetreten Berlin 2. Februar 1901, hat bei mir durch unwahre Angabe, er sei hier bei der Firma Jülich engagiert, ein Darlehen von 7 Mk. erschwindelt und bitte ich deshalb alle Kollegen, mir die Adresse des Schratz mitzuteilen.
Julius Schneider, Chemnitz,
Augustusburgerstrasse 15 III. [1,35]

Für Uebersee
tüchtiger Lithograph, der auch im Buntdruck etwas erfahren ist, für merkantile Arbeiten gesucht. Voraussichtlich dauernde, gute Stellung. Befähigte Bewerber wollen Adresse einreichen sub. H. L. 1537 an Rudolf Mosse, Hamburg. [1,60]

Dieser Nummer liegt ein Flugblatt des Deutschen Senefelder-Bundes bei.